

WEGSCHEIDE UND SCHLÜSSELEREIGNIS: „1956“
UND DIE LANGFRISTIGEN AUSWIRKUNGEN
AUF DIE OSTMITTELEUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFTEN UND GESELLSCHAFTEN¹

Welche langfristigen ökonomischen und sozialen Auswirkungen hatte der ungarische „Oktober 1956“? Um eine Art Fazit vorwegzunehmen: Das Trauma von 1956 steht ironischerweise am Anfang eines spezifisch ungarischen Wegs zum Sozialismus, im Sozialismus und aus dem Sozialismus hinaus. In diesem Sinn ist „1956“ ein Schlüsselereignis mit immenser Fernwirkung gewesen. Im ersten Teil meiner Ausführungen versuche ich, diese These für Ungarn selbst etwas genauer zu erklären. Im zweiten Teil des Textes weite ich die Perspektive auf die ostmitteleuropäische Landschaft. Im Vogelflug über diese Landschaft möchte ich verdeutlichen, dass 1956 nicht nur ein spezifischer ungarischer Weg beginnt, sondern dass sich in diesem Jahr die Entwicklungspfade der staatssozialistischen Länder in Ostmitteleuropa verzweigten. In diesem Sinne ist „1956“ auch eine Wegscheide gewesen.

Wenn wir nun aber zunächst über die ungarischen Langzeitwirkungen von „1956“ reden, müssen wir die Erfahrungsgeschichte in den Blick nehmen. Welche und wessen Erfahrungsgeschichte? Der Begriff der Erfahrung ist mehrdeutig: Zum einen meint er die einfache sinnliche Erfahrung von Herrschaft – hier der staatssozialistischen. Zum anderen bezeichnet er das Ergebnis kumulativen kollektiven Lernens, das von solchen einfachen Erfahrungen seinen Ausgang nimmt. Anders gesagt: Gesellschaften „üben“ in langwierigen und mühsamen Prozessen den Umgang mit Herrschaft – und umgekehrt. Ignorieren wir dabei das Problem, dass die hier unterstellte Zweipoligkeit von „Parteimacht“ und „Gesellschaft“ komplexe Konstellationen extrem vereinfacht, dass man z. B. eigentlich unterschiedliche Grade von Systemnähe sowie die gespaltenen, partiellen und unklaren Loyalitäten einer Vielzahl sozialer Schichten und Gruppen untersuchen müsste.

Wichtig ist: Lerngeschichten sind „pfadabhängig“. Man kann den Verlauf dieser Pfade nicht beliebig beschleunigen, in der Richtung verändern oder einfach wiederholen, vielmehr werden solche Pfadabhängigkeiten durch eine gewisse Trägheit der Strukturen bewirkt. Neben dieser Alltagsträgheit gibt es aber auch die „großen Ereignisse“, die den „Normalverlauf“ aus der Bahn werfen, den Pfad markant umlenken oder abbiegen. „Große Ereignisse“ steuern, sie beeinflussen also alles, was nach ihnen geschieht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie rundum und strikt alles, was folgt, kausal determinieren würden. Es gibt nicht die große Hand, die, aus der

¹ Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um das Vortragsmanuskript zu der Tagung, die das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig anlässlich des 50. Jahrestags von „1956“ am 27. Oktober 2006 veranstaltete.

Vergangenheit hinüberreichend, auf die Zukunft einwirkt. Die Fernwirkung von Megaereignissen muss subtiler aufgefasst werden: Bestimmte Alternativen werden für die Zukunft ausgeschlossen oder sie werden zumindest unwahrscheinlich, Korridore künftiger Entwicklung werden definiert. In jedem Fall aber geschieht etwas, von dem man sagt, nachher sei irgendwie alles anders gewesen als vorher. Das gilt für den 11. September oder für Hiroshima. Oder eben für den ungarischen Oktober 1956.

Soweit der Blick in den Werkzeugkasten der Theorie. Wenden wir uns nun dem Jahr 1956 zu. „1956“ ist Chiffre für die sozialistische Aufbaukrise. Ich nenne sie so, weil diese Krise nicht zwangsläufig, aber eben doch mit hoher Wahrscheinlichkeit zum „sozialistischen Aufbau“ gehört, und das überall in Ostmitteleuropa; das „nicht“ gilt nicht nur für Ungarn, sondern auch für Polen 1956. Strukturell eng verwandte Phänomene sind zudem die Unruhen in der Tschechoslowakei von 1953 und der 17. Juni in der DDR.

Aufbaukrisen resultieren aus der Überspannung der nach 1945 überall in Ostmitteleuropa eingesetzten Strategie der extensiven Industrialisierung, mit deren Hilfe das sowjetische Vorbild aus den 1930er Jahren „nachgebaut“ wurde. Das beinhaltete zentral die Präferenz von „Akkumulation“ gegenüber Konsum, bedeutete also die Anhebung der Leistungsnormen bei gleichzeitiger Absenkung des Lebensstandards. In den Massenprotest der „Werktätigen“ gegen die sozialistische Ausbeutung waren bekanntlich – von Land zu Land in unterschiedlichem Maß – auch demokratische und nationale Forderungen eingeflochten. Den Hintergrund und die notwendige Voraussetzung dieser Auflehnung bildete der Tod Stalins. Deshalb ist die Rede von der Entstalinisierungskrise als politischer Krise natürlich richtig, aber mir liegt viel daran, dass auch das ungemein wirkungsmächtige ökonomisch-soziale Moment immer im Auge behalten wird.

Der ungarische Aufstand war das Ende und Resultat einer solchen Aufbaukrise. Bekanntlich wurde er von der brutalen Gewalt der sowjetischen Truppen erstickt. Die neue Parteiführung unter János Kádár wurde „erfolgreich“ befestigt und demonstrierte – im Interesse des nackten Überlebens – zunächst Blocktreue durch harte Repression. Nach wenigen Jahren aber fand ein erstaunlicher Schwenk statt. Hier sind wir an dem Punkt angelangt, an dem das Trauma von 1956 den spezifischen ungarischen Weg hervorbrachte. Lassen Sie mich diese These in ihren Hauptpunkten entwickeln.

Schon früh beendete der Kádárismus die Diskriminierung der Intelligenz und der mittleren und größeren Bauern; zu Markenzeichen dieser Epoche wurden die Aufweichung des ideologischen Dogmatismus und die Versöhnung mit der katholischen Kirche, überhaupt die Reduzierung der Loyalitätszumutungen an die Herrschaftsunterworfenen und die begrenzte Öffnung nach Westen – all dies jedoch unter penibler und demonstrativer Wahrung der Blocktreue. Blocktreue war die außenpolitische Bedingung der „weichen Stabilisierung“. Diese bediente sich nicht zuletzt ausgiebig des sozial pazifizierenden Instrumentariums der Konsumpolitik.

Man möchte die abgenutzte Formel vom „Gulaschkommunismus“ eigentlich nicht mehr in den Mund nehmen. Aber die Konsumstrategie erklärt doch manches:

Zwar war die ungarische Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Teilen kollektiviert, Kleinbauern und Kleinpächter waren bis Anfang der 1960er Jahre zu landwirtschaftlichen Arbeitern herabgedrückt worden. Doch führte der gebieterische Imperativ einer Verbesserung der Lebensmittelversorgung dazu, dass das LPG-System bereits nach wenigen Jahren reformiert und wieder gelockert wurde. Status und Habitus der kleinen Eigentümer und Produzenten waren somit weitgehend unbeschädigt geblieben. Das waren die Kontinuitäten, auf die bei der Wieder- oder Neugründung eines agrarischen, dann auch eines (klein-) gewerblichen und eines Dienstleistungsmittelstandes aufgebaut werden konnte. So richtete sich – halb politisch gefördert, halb geduldet – ab den 1960er Jahren, getragen von Neben-Erwerblern, aber auch von Angehörigen der industriellen Arbeiterschaft, ein (semi-) legaler privater bzw. reprivatisierter Sektor als „zweite Wirtschaft“ neben der staatlichen ein.

An der Wende zu den 1970er Jahren sah sich Ungarn mit der dringenden Notwendigkeit einer ökonomischen Modernisierung konfrontiert, was nicht zuletzt auch auf kontingente äußere Herausforderungen zurückzuführen war: auf die dritte industrielle Revolution im Westen und die verschärfte Systemkonkurrenz. Die Strategie der Intensivierung erforderte einen Investitionsschub, was in Kombination mit den Anforderungen der Konsumpolitik eine doppelte Überlastung der einheimischen Ressourcen zur Folge hatte, und das zu einer Zeit, in der sich zu allem Überfluss – Stichwort Ölkrise – die Terms of Trade auf dem Weltmarkt deutlich verschlechterten. Gegen Ende der 1970er Jahre führte dies Ungarn in eine gravierende Verschuldung auf den internationalen Finanzmärkten.

Eine ähnliche Problemkonstellation stand auch anderen sozialistischen Ländern ins Haus. Anders aber als etwa in der DDR und der Tschechoslowakei, die ins enge Korsett der unreformierten Planwirtschaft eingezwängt blieben, reagierte man in Ungarn in den 1980er Jahren auf die Krise mit einem Reformschub: Ungarn rückte von den „sozialistischen Axiomen“ der Vollbeschäftigung und der stabilen Verbraucherpreise ab, entschloss sich zur Entflechtung der Kombinate und zu einer Ausweitung der betrieblichen Selbstverwaltung; vor allem aber wurde dem privaten Sektor mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt. Von kardinaler Bedeutung war die Anbindung an den Weltmarkt durch Herstellung der Teilkonvertibilität sowie durch den Beitritt zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds. Der Ausbau der Privatwirtschaft und die Neuentstehung bürgerlicher Schichten, die Rehabilitierung bürgerlich-zivilgesellschaftlicher Werte, der „bürgerliche“ Wertewandel und die Westöffnung waren dabei eng miteinander verknüpft. So wurde für Ungarn die proto-„bürgerliche Gesellschaft noch ohne bürgerliche Rechte“ zur Signatur der 1980er Jahre.

Zusammenfassend lässt sich also ab den späten 1950er bzw. frühen 1960er Jahren eine – gelegentlich unterbrochene, niemals jedoch abrupt abgebrochene – Langzeitdrift zur graduellen moderaten Liberalisierung und Flexibilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beobachten. Diese Drift ist nicht völlig linear: So gibt es sowohl Reformgipfel – z. B. die Reform der Landwirtschaft in den frühen 1960er Jahren oder die zentral wichtigen Wirtschaftsreformen von 1968 und schließlich die Reformen der 1980er Jahre – als auch „Senken“. Eine dieser Senken waren die 1970er Jahre,

als auf „Anraten“ der Sowjetunion der Neue Ökonomische Mechanismus von 1968 wieder „stillgelegt“ wurde. Der Pfad verlief also keineswegs perfekt linear, sondern vielmehr leicht kurvig. Die – um im Bild zu bleiben – Amplituden waren relativ schwach ausgeprägt. Längerfristig jedenfalls führte der Weg in die Erosion, in den Rückzug des Parteistaates aus Wirtschaft und Gesellschaft und zuallerletzt hinaus aus dem Sozialismus.

Der Kádárismus steuerte von oben. Hinter ihm stand ein neuformulierter Contrat social, ein unausgesprochener Konsens zwischen Führung und Volk, dass die bestehende Welt die beste aller möglichen sei, weil die Macht der Verhältnisse eine bessere nicht zulassen werde. Diese „Vernunftfehe“ gründete in der stillschweigenden, vom Factum brutum der sowjetischen Hegemonie gestifteten, konsumpolitisch unterfütterten Übereinkunft, dass ein weiteres „1956“ unter allen Umständen zu vermeiden sei. Hier lag der Grund für die – wie die Soziologen dies so unnachahmlich spröde formulieren – Strategie der graduellen Inklusion maßgeblicher, potentiell widerständiger Segmente der Bevölkerung, der Bauern, der Arbeiter, der Intellektuellen, durch „Sozialpakete“. Deshalb waren die Konfliktlinien zwischen Herrschaft und Gesellschaft in Ungarn nicht sonderlich markant und die Grenzen zwischen Macht und Gesellschaft eher diffus.

Große Ereignisse kanalisieren Optionen. „1956“ kanalisierte die ungarischen Optionen in zweifacher Hinsicht. Zum einen schien ein vorsichtiges Taktieren im Umgang mit der Hegemonialmacht dringend geboten, zum anderen musste ein erneuter Aufstand unter allen Umständen vermieden werden. Das waren zugleich die wesentlichen Lernleistungen aus den Ereignissen von 1956. Man sollte diese Lernleistung jedoch nicht überschätzen: Die Parteiführung hat auf „1956“ nicht mit sorgfältiger Planung und durchkalkulierten langfristigen Strategien reagiert, die sie konsequent in die Tat umgesetzt hätte. Es scheint vielmehr, dass sie halbbewusst dahinstolperte; vieles geschah eher nolens als volens und contre coeur. Was die Details betrifft, ist hier noch einige Forschungsarbeit zu leisten.

Manche Grundsatzentscheidungen zeigten Folgewirkungen, die wohl kaum vorausbedacht waren. Das gilt etwa für die Konsumpolitik, die maßgeblich für die internationale Verschuldung verantwortlich war. Die ersten Schritte der Eingliederung in die internationalen Finanzinstitutionen in den 1980er Jahren beruhten wohl kaum auf einer klug in Szene gesetzten Strategie der Westintegration; vermutlich wurde diese schlicht und einfach von der Schuldenklemme erzwungen. Die Öffnung Ungarns gegenüber dem Weltmarkt und die Ausweitung der Exporte ins nicht-sozialistische Währungsgebiet während der 1980er Jahre gingen zu Lasten des Binnenkonsums, was wiederum der Selbstaufhebung der sozialistischen Sozial- und Konsumpolitik gleichkam. Die Folge dieser Öffnung zur Welt war, dass die Vollbeschäftigungsgarantie praktisch abgeschafft und die Steuern erhöht wurden, die Arbeitslosigkeit stieg, die Realeinkommen sanken, die soziale Differenzierung nahm zu. Das ist die andere Seite der Flexibilisierung, der Modernisierung, Liberalisierung, Verwestlichung und Verbürgerlichung der ungarischen Gesellschaft in den 1980er Jahren, die ich oben viel zu positiv und lobend beschrieben habe.

Man kann also skeptisch sein, ob – evolutionstheoretisch gesprochen – die in Reaktion auf 1956 entwickelte Strategie eine „Bestanpassung“ darstellte. Allerdings

hat sich das Regime auf diese Art über einen Zeitraum von immerhin fast vierzig Jahren am Leben erhalten. Der eine mag das goutieren, der andere nicht. Zu welcher Einschätzung man auch gelangt, es wäre sicher falsch, Kádár zu idealisieren und zu idyllisieren; er war nicht der weise und gütige Lenker seines Volks. Vor allem überschritt der Kádárismus die vom Primat der Politik markierte Systemgrenze niemals. Er beabsichtigte das auch gar nicht, selbst wenn er dieser Grenze vielleicht näher kam als andere ostmitteleuropäische Staatssozialismen. Immerhin war die finale Systemtransformation in Ungarn nicht revolutionär; sie wurde zwischen alten und neuen Eliten ausgehandelt. Das Parteiregime hatte Freiräume zugelassen bzw. eröffnet, es transformierte sich quasi in eigener Initiative. Auch dies sollte nicht dem Edelmut der Kader angerechnet werden, nicht der aufgeklärten Einsicht in die Notwendigkeit des Abtritts von der Bühne. Eher handelte es sich um einen raffiniert-machiavellistischen Tausch von Elitepositionen im alten System gegen solche im neuen. Auch den gleitenden Übergang von der systemimmanenten Reform in die Systemtransformation sollte man mit Blick auf die korrupten und oligarchischen Strukturen, die sich hier schnell herauskristallisierten, nicht in allzu rosiges Licht tauchen.

„1956“ ist, so hieß es eingangs, nicht nur „Schlüsselereignis“, sondern auch „Wegscheide“. Treten wir also einen Schritt zurück und erweitern wir den Blick auf andere staatssozialistische Entwicklungspfade. Macht es, wenn man das so salopp formulieren darf, einen Unterschied, ob die Krise von 1956 mit oder ohne sowjetische Panzer gelöst wurde?

In Polen wurde sie ohne sowjetische Panzer gelöst. Auch hier war 1956 die Konfliktintensität hoch; jedoch wurde die Aufbaukrise durch Installierung der „nationalkommunistischen Lösung Gomulka“ „eingefangen“. Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass dies knapp unterhalb der Schwelle der sowjetischen Invasion geschah. Deshalb blieb in Polen der Korridor für die Auseinandersetzung zwischen Macht und Gegenmacht, zwischen den alten Eliten und den sich bald formierenden Gegeneliten offen. Genau deshalb ist die Furkation – die Gabelung „1956“ – für die Erklärung der unterschiedlichen Pfadverläufe in Ungarn und Polen von entscheidender Bedeutung.

Beide Länder bewegten sich langfristig und schon deutlich vor 1989 vom „klassischen staatssozialistischen System“ weg, der Parteistaat befand sich auf dem Rückzug. Doch war der polnische Pfad nicht linear wie der ungarische, sondern ausgeprägt zyklisch. Drei solche von Machtwechseln markierte Zyklen lassen sich feststellen: ein erster, der mit dem Antritt Gomulkas (1956) begann, ein zweiter, an dessen Beginn Gierek stand (1971), und schließlich ein dritter, der mit der Herrschaft Jaruzelski eröffnet wurde (1981). Am Anfang standen jeweils spontane Arbeiterunruhen – so etwas gab es in Polen, anders als in Ungarn, auch nach 1956. Diese Unruhen waren Antworten auf den Versuch, den Lebensstandard an die begrenzte Leistungsfähigkeit der Ökonomie anzupassen. Auch die Reaktionen auf den Protest ließen bestimmte Muster erkennen: Zunächst wurde die Führung ausgetauscht. Dies ging mit materiellen Zugeständnissen an die Bevölkerung und gewissen institutionellen Reformen einher. Nach der Konsolidierung der Parteimacht wurden die Reformen und Konzessionen dann binnen kurzer Zeit zurückgenommen.

Zyklizität bedeutete in diesem Zusammenhang allerdings nicht strikte Rückkehr zum Status quo ante, da die Rückbewegung längerfristig an Dynamik verlor. Die Ökonomie entfernte sich durch zunehmende Implantierung von Elementen indirekter Steuerung vom Ausgangspunkt des klassischen Modells. Von einem Zyklus zum nächsten wurde die gesellschaftliche Opposition stärker und vielfältiger; das Maß an intellektueller Freiheit und der Grad der Osmose zum Westen nahmen zu. An der Wende zu den 1980er Jahren formierte sich die Solidarność, in der sich alle oppositionellen Kräfte bündelten und die auch durch das Kriegsrecht nicht mehr auf Dauer in die Schranken zu weisen war. Das alles ist wohlbekannt, aber es geht hier nicht um neue Fakten, sondern um die vergleichende Interpretation.

Vergleichen wir also: In Polen kamen die Impulse des Wandels im Wesentlichen von unten; die Führung reagierte nur auf sie. Die Kluft zwischen Partei und Gesellschaft – zwischen „them“ und „us“ – war von Anfang an tief und vertiefte sich zusehends weiter. Der polnische Sozialismus als Ganzes stand viel früher zur Disposition als der ungarische; die polnische Gesellschaft erkämpfte sich Freiräume, während in Ungarn, um es metaphorisch zu sagen, eine verstohlene Landnahme stattfand.

Man könnte einwenden, solch unterschiedliche „Gangarten“ auf dem Weg heraus aus dem Sozialismus seien eher auf Unterschiede der ökonomischen und sozialen Voraussetzungen oder womöglich auf spezifische nationale Mentalitäten zurückzuführen. Das Klischee von den romantischen polnischen Freiheitshelden wollen wir nicht bemühen. Statt dessen sei eher auf die Ähnlichkeiten des sozialen Unterbaus in den beiden Ländern hingewiesen: Die sich im „sozialistischen Aufbau“ neu formierende Arbeiterschaft war in beiden Ländern lange im agrarischen Nexus verhaftet. Der privatwirtschaftliche, kollektivierungsresistente kleinbäuerliche Sektor blieb in Polen dauerhaft von beträchtlichem ökonomischen, sozialen und politischen Gewicht und hatte eine große, die Mentalität prägende Bedeutung. Aber auch Ungarn konservierte, wie wir gesehen haben, Status und Habitus der kleinen landwirtschaftlichen Eigentümer-Produzenten. In beiden Ländern waren „linke“ Traditionen vor 1945 schwach, und in beiden Ländern beschädigte die rigorose „ursprüngliche Akkumulation“ der stalinistischen Industrialisierung die Massensolidarität zum neuen Regime nachhaltig. In Polen verbanden sich nationale Traditionen aus der Epoche der Teilungen mit den Erfahrungen des Widerstands im Zweiten Weltkrieg zu einem kämpferischen „katholischen Nationalismus“. Es stellt sich die Frage, ob die notorische ungarische Russophobie und der ungarische Nationalismus, der seit 1848 eine kämpferische Tradition hatte und seit 1867 triumphalistisch auftrat, dem wesentlich nachstanden. Ich möchte nicht zu apodiktisch werden und eine Erklärung der unterschiedlichen Pfadverläufe mit den sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Strukturen völlig von der Hand weisen. Doch erscheint mir der unterschiedliche Ausgang von 1956 in Ungarn und Polen den wichtigsten Schlüssel für die Erklärung der folgenden Entwicklungen zu liefern.

Vielleicht gewinnt dieses Argument an Plausibilität, wenn man sich die Geschichte der DDR und der Tschechoslowakei ansieht. Dort gab es kein „1956“, jedenfalls nicht im ungarischen und polnischen Ausmaß. Die Frage nach dem Warum ist bis-

her von der Forschung nicht zufriedenstellend beantwortet worden, auch wenn Muriel Blaive durch ihre wegweisende Studie über die Tschechoslowakei zur Klärung beigetragen hat. Allerdings gibt es in beiden Ländern ein funktionales Äquivalent zu „1956“ in Gestalt der Aufbaukrisen des Jahres 1953. Diese Krise wurde in einem Fall – am 17. Juni in der DDR – mit, in dem anderen Fall – der Tschechoslowakei – ohne sowjetische militärische Intervention gelöst. Auf die „sowjetische Invasion“ folgte eine „zahme“ Entwicklung: In der DDR war die Konfliktintensität fortan niedrig, die Gesellschaft lag am Zügel der Partei, die Loyalität zur Sowjetunion stand – ungeachtet der notorischen Eigenbröteleien Ulbrichts – außer Frage. Die Reformen der 1960er Jahre waren obrigkeitliche Veranstaltungen; sie fokussierten auf die Wirtschaft, die Ziele waren eng definiert, die Politik blieb ausgespart, die „Systemfrage“ wurde nicht gestellt. Die Tschechoslowakei hingegen reformierte in den 1960er Jahren die Wirtschaft, dann aber bald und vorrangig die Politik. Im Prager Frühling standen bekanntlich die Fundamente des Systems in Frage. Das kennzeichnende Merkmal des tschechoslowakischen Reformexperiments waren die engen Wechselbeziehungen zwischen der Machtsphäre und einer Gesellschaft, die sich bereits auf dem Weg vom Objekt der Steuerung von oben zum Subjekt befand.

Der ostdeutsche Fall erinnert vage an Ungarn, der tschechoslowakische an Polen. Die Analogien sollte man allerdings nicht überstrapazieren, vor allem sollte nicht verschleiert werden, dass die Pfaddivergenzen auch mit sozialen und Habitusunterschieden zu tun hatten. Der genossenschaftlich gefärbte „Sozialismus des kleinen Mannes“ in Böhmen und die Virulenz betriebsdemokratischer Traditionen wurden zur Quelle der Resistenz gegen die tschechoslowakische sozialistische Zentralmacht, gegen die zentrale Planung und gegen die Herrschaft der Apparate. Während die tschechischen Arbeiter eine skeptische, zeitweise offen antagonistische Distanz gegenüber der Parteimacht entwickelten, war die ostdeutsche Arbeiterschaft seit jeher habituell ziemlich staatsfromm. Dennoch würde ich die Vermutung ungern aufgeben, dass auch der unterschiedliche Ausgang von „1953“ zu den Pfaddivergenzen beigetragen hat. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 reduzierte die Konfliktbereitschaft der ostdeutschen Arbeiter weiter, so gering sie auch vorher gewesen sein mag. Über allem „industrial unrest“ hing nun das Damoklesschwert der Eskalation ins Politisch-Grundsätzliche. Weil die tschechoslowakische Krise des Jahres 1953 unterhalb der militärischen Interventionschwelle pazifiziert werden konnte, wurde die in der DDR erteilte traumatische Lektion, die drastisch und relativ frühzeitig die beengten Spielräume des Wandels verdeutlichte, nicht gelernt. Meine These ist, dass der tschechoslowakische Pfad auch deswegen in eine prekäre Balance zwischen den Herrschaftsunterworfenen und „ihrer“ Partei münden konnte, die den Korridor zur „Beinahe-Konterrevolution“ des Prager Frühlings offen ließ.

Fazit und Ausblick

Ich habe versucht zu zeigen, wie die „großen Ereignisse“ 1956 in Ungarn und Polen und die Äquivalente 1953 in der Tschechoslowakei und der DDR langfristige Pfadabhängigkeiten begründeten. In der Geschichte der ostmitteleuropäischen Staatssozialismen gibt es, so könnte man den ersten Schritt meiner Argumentation

zusammenfassen, ein frühes entscheidendes Ereignis, welches das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft langfristig prädisponierte. Dieses Ereignis ist, was die Umstände im Detail angeht, kontingent. Zugleich aber hat es etwas Zwangsläufiges, da es aus den Grundspannungen des Gesellschaftsmodells, das im „sozialistischen Aufbau“ implantiert werden soll, erwächst.

Im zweiten Schritt ging es dann um den Vergleich der Pfade, die an diese Ereignisse anschlossen. Was nun noch fehlt, ist der Blick auf die Transfers. Wie machten sich die ungarischen Ereignisse in den anderen sowjetischen Satellitenstaaten bemerkbar? Bewirkte die Niederschlagung des Aufstands durch die sowjetischen Truppen – abgesehen von der sozusagen speziellen Präventivwirkung, die den spezifisch ungarischen Pfad begründete – auch so etwas wie einen generalpräventiven Schock in den übrigen staatssozialistischen Ländern? Beeinflusste, so ließe sich weiterfragen, „1956“ womöglich auch das weitere Verhalten der Sowjetunion? Sah die sowjetische Führung die vielfältigen Reform- und Auflockerungsbestrebungen in anderen staatssozialistischen Ländern – etwa in der Tschechoslowakei 1968, aber nicht nur dort – im Licht der ungarischen Ereignisse? Fasste sie Ungarn als Präzedenzfall auf?

Die Frage kann in dieser Kürze kaum beantwortet werden. Im Einzelnen wäre es außerordentlich schwer und methodisch überaus kompliziert, eine solche „Abschreckungswirkung“ von „1956“ auf andere kleine staatssozialistische Länder nachzuweisen. Einfacher ist womöglich die Frage nach etwaigen positiven Vorbildwirkungen des ungarischen Wegs nach 1956 zu beantworten: War zum Beispiel der ungarische „Gulaschkommunismus“ ein Modell für die konsumsozialistische Strategie, die sowohl hinter Honeckers Realsozialismus als auch hinter der in etwa parallelen „Normalisierung“ in der Tschechoslowakei stand? Waren die verwandten Bestrebungen Giereks im Polen der 1970er Jahre von Ungarn inspiriert? Auch diese Frage wäre eine Dissertation (oder auch mehrere) wert. Allerdings kann ich nicht verhehlen, dass ich mir auf diesem Terrain keine aufsehenerregenden Funde erwarte. Zwar arbeiteten alle ostmitteleuropäischen Staaten – je länger, desto intensiver – mit Sozial- und Konsumpolitik. Aber die ostmitteleuropäischen staatssozialistischen Länder waren in einem Ausmaß voneinander abgeschlossen, das zu verstehen denen von uns, die inmitten der westeuropäischen Integration aufgewachsen sind, schwer fällt. Daher halte ich „Parallelevolutionen“ der Sozial- und Konsumpolitik für wahrscheinlicher, also, dass diese Politik in verschiedenen Ländern „nebeneinander“, gleichgerichtet, aber weitgehend unverbunden mehrmals erfunden wurde. Das erscheint auf den ersten Blick wenig überzeugend, gewinnt aber an Plausibilität, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass es hier sehr ähnliche Problemlagen und zudem ein systemisch vorstrukturiertes Repertoire prinzipiell möglicher, weil politisch zugelassener Lösungen gab.

Lag, so möchte ich zum Schluss fragen, die Bedeutung des ungarischen „1956“ für Ostmitteleuropa womöglich darin, dass der revolutionäre Mythos des Kommunismus unter den sowjetischen Panzerketten endgültig begraben wurde? Tony Judt's Geschichte Europas nach 1945 neigt dieser Auffassung zu, wenn Judt den Kommunismus nach 1956 als faulendes Aas beschreibt: als eine unheilvolle Melange von Stagnation, Korruption und zynischer Resignation. Ich möchte diesem großartigen

Buch ungerne widersprechen – aber vielleicht findet die ultimative Verrottung hier doch zu früh statt. Immerhin wurde 1968 in Prag ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ beschworen und von der Gesellschaft als große Hoffnung gesehen. Die DDR erlebte 1971 noch einmal eine Art Aufbruchsstimmung, Gierék fand zur selben Zeit in Polen durchaus Anklang. So eindeutig erscheint die ungarische Krise als Schlüsselereignis und Wegscheide nicht. Aber ein Pyrrhussieg der Sowjetmacht war „1956“ doch: ein militärischer Sieg und zugleich ein gewaltiger Schlag gegen die Glaubwürdigkeit des Glaubens an eine bessere Welt.